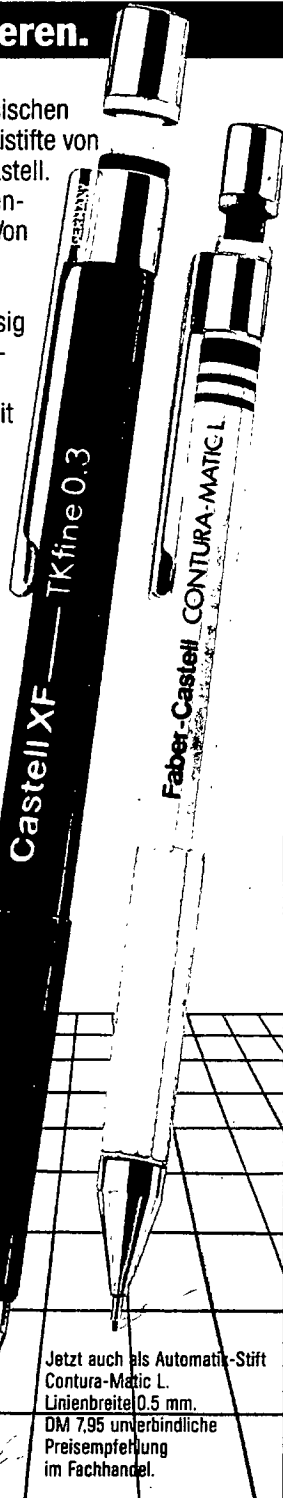


Schreiben. Zeichnen.

Skizzieren.

Die klassischen Druckbleistifte von Faber-Castell. In 4 Linienbreiten. Von 0.3 bis 0.9 mm. Zuverlässig und langlebig. Gefüllt mit Super-Polymer Feinminen.



Jetzt auch als Automatik-Stift Contura-Matic L. Linienbreite 0.5 mm. DM 7,95 unverbindliche Preisempfehlung im Fachhandel.

Faber-Castell
Druckbleistifte

LEHRER

Hans, mach mobil

In Nordrhein-Westfalen will Kultusminister Hans Schwier die Lehrer übers Land verteilen. Doch seine Genossen torpedieren die Zwangsversetzungen.

Im rheinischen Siegburg kletterten Schüler in Schutzanzügen und Gasmasken ihrem Anno-Gymnasium aufs Dach und entrollten ein Transparent: „Die Atmosphäre ist vergiftet.“ Vor dem Eingang standen Eltern und Lehrer und klatschten Beifall.

In Köln zogen am Montag voriger Woche 4000 Eltern, Pädagogen und Pönaler durch die Straßen. Der Schüler Mark Benecke sorgte sich um den ordentlichen Schulbetrieb. „Die Lehrer“, so der Schülersprecher des Humboldt-Gymnasiums, „sind nervlich fix und fertig; im Unterricht sind sie unkonzentriert“.

Vor dem Schulamt in Aachen hielten Lehrer eine Mahnwache, in Sieglar bauten Eltern und Schüler „im Zeichen der Trauer“ vor dem örtlichen Gymnasium einen Katafalk auf.

Wenn im Rheinland derzeit Eltern und Schüler zusammenkommen, klagen sie weniger über Pauker oder ungerechte Noten – sie geben vielmehr einem ehemaligen Lehrer schlechte Zensuren: Hans Schwier, 61, dem Kultusminister von Nordrhein-Westfalen.

Der Sozialdemokrat versucht, was vor ihm noch keiner gewagt hat: Er will 690 Lehrer zwangsversetzen. Die Pädagogen sollen abgezogen werden, wo es nach Berechnungen des Ministeriums zu viele gibt (etwa in Köln, Bonn, Detmold oder Münster), und dort unterkommen, wo es an Paukern mangelt (in Gladbeck, Oberhausen, Gelsenkirchen oder Bottrop). Während im Kohlenpott die Schulen unter Lehrerflaute leiden, sind sie im Rheinland bis zu 30 Prozent überbesetzt.

Das miserable Image, das den Pütt-Städten anhängt, hat Lehrer stets abgeschreckt. Die Erzieher sind lieber in die Universitäts- und Regierungsstädte gezogen. Minister Schwier findet das „ungerecht“: „Leben im Ruhrgebiet Menschen zweiter Klasse?“

Rechtlich machen die Zwangsversetzungen wenig Probleme. Nach Paragraph 26 des Bundesbeamtengesetzes und Paragraph 18 des Beamtenrechtsrahmengesetzes darf versetzt werden, wenn „ein dienstliches Bedürfnis“ besteht. Für andere Beamte ist das selbstverständlich; der ehemalige Inspekteur des Bundesgrenzschutzes etwa, Karl-Heinz Amft, wurde in seiner Dienstzeit fünfzehnmal versetzt.

Einschlägige Urteile liegen vor. Als sich ein Pädagoge weigerte, von Ketsch

nach Neckarsulm zu ziehen, erklärte der Baden-Württembergische Verwaltungsgerichtshof in Mannheim lapidar: Versetzungsaktionen „zum regionalen Ausgleich“ seien rechtmäßig. Es sei unerlässlich, „eine gleichmäßige Lehrerversorgung zwischen den Bezirken der Ober-schulämter herbeizuführen“.

Den Einwand des Pädagogen, er müsse seinen kranken Vater mitbetreuen, ließ das Gericht nicht gelten. Die Schwester des Klägers, so der 4. Senat, könne im Haushalt der Eltern mithelfen, außerdem sei „nicht zu ersehen, weshalb die Eltern sich nicht einer Sozialstation bedienen könnten“.

Auch in Nordrhein-Westfalen gibt es offenbar viele Lehrer, die – bislang unerkannt – Samariterdienste leisten. „Wen immer ich frage, ob er versetzt werden



Kultusminister Schwier
„Menschen zweiter Klasse?“



Schüler-Protest gegen Lehrer-Versetzung*:

* In Rodenkirchen.

will“, wundert sich ein Schuldezernent, „der hat einen kranken Verwandten zu versorgen.“

Die unterschiedlichsten Gründe werden gegen einen Arbeitsplatzwechsel vorgebracht. Ein Sportlehrer, Mitte dreißig, fühlt sich für einen Neuanfang „zu alt“. Ehen scheinen plötzlich gefährdet, Freundschaften bedroht.

In ablehnenden Stellungnahmen wird vielfach von „Betroffenheit“ gesprochen. „Lehrer“, spottet Ex-Schulrat Schwier, „sind offenbar ein betroffener Berufsstand.“ Der Minister hat zwar „Proteste erwartet“, aber mit so massiver Gegenwehr „nie gerechnet“. Jedes Jahr, sagt er, „lassen sich Tausende freiwillig versetzen, und ich habe noch nie von Elterndemonstrationen gehört“.

An Rhein und Ruhr gibt es mehr als 150 000 Lehrer. Nach Berechnungen der Schulamtsstatistiker sind das derzeit 15 300 zuviel. Da die Schülerzahlen, bedingt durch schwache Geburtenraten, landesweit drastisch zurückgehen, wird dieser Überhang bis 1990 auf 20 600 anwachsen.

Die richtige Verteilung der Lehrer fällt den Kultusbürokraten dennoch schwer. Während an Haupt- und Realschulen sowie an Gymnasien die Zahl der Schüler sinkt und deshalb bis 1990 rund 12 000 Stellen weniger besetzt werden müssen, läuft an den im Revier neugegründeten Gesamtschulen der Trend entgegengesetzt. Schwier: „Jedes Jahr brauchen wir 800 bis 900 Gesamtschullehrer mehr.“ Zusätzliche Stellen kann das Land (Schuldenstand 1986: 90 Milliarden Mark) sich nicht leisten. „Wir müssen“, sagt Schwier, „mit dem zu-recht-kommen, was wir haben, und die Lehrer übers Land verteilen.“



Regierungspräsident Antwerpes
„Das halten wir nicht durch“

Schwiers eigene Partei hatte die Rotationspläne zunächst unterstützt. Bei einer Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion in Gelsenkirchen sporneten Genossen den Minister an: „Hans, mach die Beamtenärsche mobil.“

Weil aber viele Lehrer das SPD-Mitgliedsbuch haben und noch mehr in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft organisiert sind, hat sich die Stimmung bald gewandelt: „Die sagen nur im Prinzip ja“, beschwert sich Schwier, „aber im einzelnen doch nicht.“

„Ich kann diese Aktion“, schrieb der SPD-Ortsvereinsvorsitzende aus Euskirchen, ein Lehrer, an den Kultusminister, „mit Deiner Person und Deiner bisherigen Politik eigentlich nicht in Einklang bringen.“ Er sehe schwarz für die nächste Wahl. Das Versetzungsziel sei, prophezeite der Aachener SPD-Landtagsabgeordnete Hans Alt-Küpers, ebenfalls Lehrer, mit „dem gewählten Verfahren nicht erreichbar“. Der Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes (SPD), der allein 420 der 690 in NRW zur Rotation vorgesehenen Lehrer aus seinem Bezirk weg versetzen soll, empfiehlt schon den Rückzug: „Das halten wir politisch nicht durch.“

Auch Regierungschef Johannes Rau macht sich „um Hans Schwier Sorgen“. Einerseits seien die Versetzungen notwendig,

andererseits könne man „so nicht mit Menschen umgehen. Es reicht nicht, denen einen Erlaß zu präsentieren“. SPD-Fraktionschef Friedhelm Farthmann, der vorher getönt hatte, „viele Stahlwerker wären froh, wenn es für sie überhaupt die Chance einer Versetzung gäbe“, warnte jetzt vor „zuviel Druck und zu engen Terminen“.

Schulpolitik verläuft in Nordrhein-Westfalen selten rational. Obwohl Experten dem Kultusministerium bereits 1972 einen Lehrerüberschuß von 1980 an prognostiziert hatten, wurde bis 1981 vom damaligen Kultusminister Jürgen Girsensohn jeder Pauker eingestellt – selbst mit schlechtesten Noten.

Seither besteht ein Einstellungsstopp, mehr als 25 000 Lehrer sind mittlerweile arbeitslos. Den Kollegien droht die Vergeisung, in zehn Jahren werden 80 Prozent aller Pädagogen in Nordrhein-Westfalen älter als 45 Jahre sein.

Mit seiner Aktion, so ergab vorige Woche eine Klausurtagung der Schulbehörden, wird der Minister nicht allzuviel bewegen können. Nur rund 100 Pädagogen, zumeist Hauptschullehrer, die an Gesamtschulen wechseln, wollen sich versetzen lassen. Die anderen 590 Kandidaten, darunter viele Gymnasiallehrer, sträuben sich.

Lediglich 82 freiwillige Versetzungen traut sich der Kölner Antwerpes zu. Den harten Kern der Verweigerer, die nur über ein Verwaltungsverfahren zum Wechsel gezwungen werden könnten, schätzt er auf 100. Rund 240 der ursprünglich 420 zum Rotieren vorgesehenen Lehrer will der Regierungspräsident behalten, weil er sie im Bezirk braucht.

Einer seiner Abteilungsleiter sieht eine andere Gefahr. „Es ist darauf zu achten“, schrieb der Beamte in einem Vermerk, daß „nicht auf diese Art unbeliebte oder fachlich unzulängliche Lehrer von den Schulen abgeschoben werden“.

LEBENSMITTEL

Auge oder Verstand

Biologisch angebaute Produkte sind besser und bekömmlicher, allerdings auch teurer – und nicht immer echt.

Das Menü, in großer Tafelrunde serviert, bestand aus karger Kost und nur einer Alternative: Es gab Speisekartoffel aus der Schale oder, scheinbar, als schwäbischen Kartoffelsalat. Verzehrt wurden mehrere Kartoffelsorten, hinter deren Decknummern sich biologisch und konventionell angebaute Erdäpfel verbargen.

Die Gäste, die Stuttgarts Regierungspräsident Manfred Bulling in der Ludwigsburger Landwirtschaftsschule zu Tisch gebeten hatte, sind allesamt beruf-



„Die Atmosphäre ist vergiftet“